

Die kompromisslose Frau Brander

Die Kantonsregierung, Nachbargemeinden, Anwohner – die SP-Stadträtin und Veloaktivistin scheut keine Konfrontation

MICHAEL VON LEDEBUR

Solch scharfe Töne hat man von einer Zürcher Stadträtin schon lange nicht mehr vernommen. Simone Brander, SP-Stadträtin, stand an der letzten Sitzung des Stadtparlaments auf und knöpfte sich die Zürcher Kantonsregierung vor. Wie Donald Trump trete die auf – so sagte es Brander sinngemäss. Die Regierung stelle beim Streit um Tempo 30 politische Interessen über das Recht, ja, sie begehe Verfassungsbruch.

Nicht minder brisant ist, was die Stadtzürcher Verkehrsministerin Brander zwar nicht sagte, aber schriftlich mitreichte: Sollten die Stimmberechtigten die Initiative, die die Kompetenzen der Stadt in der Tempofrage beschneiden will, an der Urne annehmen, erwägt die Stadt eine Klage vor Bundesgericht. In der auf direkte Demokratie gepolten Schweiz kommen solche Ankündigungen in der Regel miserabel an. Brander nimmt es in Kauf. Und als später bürgerliche Politiker von schlechtem Stil sprechen und auf Einsicht hoffen, denkt sie nicht daran, nachzugeben.

Festhalten am Plan

Seit drei Jahren ist Simone Brander nun im Amt als Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements. Wirkte sie anfangs bei ihren öffentlichen Auftritten zögerlich, hat die 46-Jährige den Tritt nun gefunden. Die Tempo-30-Diskussion zeigt, wie sie funktioniert: kompromisslos. Sie legt sich in ihrem Kopf einen Plan bis in die Kleinigkeiten zu recht und weicht nicht mehr davon ab.

Brander ist Umweltnaturwissenschaftlerin und war vor ihrem Stadtratsmandat bei Fachstellen, unter anderem beim Bund, tätig. Aufgewachsen ist sie in der Zürcher Baptistengemeinde, in der sie allerdings nicht mehr aktiv ist. Sie lebt in Wipkingen, ihre Hobbys sind Singen und Gärtnern. Ein eher braves Profil. Aber in der Sache ist Brander knallhart. Und es ist ihr ziemlich egal, mit wem sie es zu tun bekommt. Bei ihren Parteigängern kommt das gut an. Ob diese Methode wirklich zielführend ist, ist eine andere Frage.

Beispiele für Branders Politik gibt es viele. Ihr Job ist es, Velorouten in der Stadt Zürich zu bauen. Es ist ihre eigene Initiative: Brander hat das Volksbegehren noch als Stadtparlamentarierin lanciert. 2020 nahm das Volk die Initiative an, 2022 kam Brander ins Amt. Bis jetzt sind aber erst 4 von 130 Kilometern Velorouten umgesetzt. In den Quartieren gibt es rechtlichen Wider-



Simone Brander's Mission ist es, Velorouten zu bauen. Im Bild der neue Velotunnel unter dem Hauptbahnhof.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

stand. Das ist nicht erstaunlich, denn das Projekt sieht keine Velowege, sondern Velostrassen vor und damit massiven Parkplatzabbau. Der Widerstand hat aber auch mit Branders Stil zu tun. Es spricht Bände, wie das Vorhaben in den Quartieren ankommt: Es sei von Planern ohne Ortskenntnis am Schreibtisch geplant. Kompromissbereitschaft: null. In Wollishofen hat dies dazu geführt, dass es 480 Einwendungen gegen Branders Velo-Highway gab, eine rekordverdächtige Zahl.

Ebenfalls ins Bild passt, wie Branders Tiefbauamt in Wollishofen den Autoverkehr abhalten will: Mitten auf der Strasse sollen Poller aufgestellt werden, direkt an der Stadtgrenze. Dies wird die Nachbargemeinde Kilchberg empfindlich treffen, weil es sich um eine wichtige Zufahrtsstrasse in die Stadt handelt. Dennoch hat es Brander nicht für nötig gehalten, die Kilchberger Exekutive zu informieren. Das Resultat ist eine weitere Einsprache, Absender: der Kilchberger Gemeinderat. Dieser sprach von «unsäglichem Engstirnigkeit» des Zürcher Stadtrats. Gemeint war Brander. Und auch

Branders Umgang mit der Bevölkerung lässt sich am Beispiel Wollishofen gut aufzeigen. Sie lud die Quartierbevölkerung an zwei öffentliche Veranstaltungen ein. Dennoch wurde das Projekt nur in Details angepasst.

Das Muster wiederholt sich: Brander geht auf die Bevölkerung zu, doch sie tut dies letztlich pro forma. Sie hat die Idee im Kopf, ihre Verwaltung das fixfertige Projekt in der Schublade. Von oben Durchsetzen statt wirklich Zuhören, scheint das Motto zu sein.

Knallhart auf der Parteilinie

Brander betont zwar gerne, wie sehr sie den Austausch mit der Bevölkerung schätze. Als ETH-Forscher kürzlich die Vision einer E-Bike-City mit 50 Prozent weniger Autostrassen vorstellten, gab sie zu Protokoll, die Idee sei gut, aber man müsse die Verkehrswege gemeinsam mit der Bevölkerung gestalten. Näher an der Wahrheit liegt wohl eine Aussage vor ihrer Wahl. Damals sagte sie den Tamedia-Zeitungen noch: «Ich hasse nichts mehr als basisdemokratische Diskussionen.» Gebe es

ein Problem, wolle sie einen konkreten Lösungsvorschlag machen und darüber diskutieren lassen.

Beim Umbau der Stadt weg vom Auto hin zu mehr Velowegen und Grünflächen will Brander die Regeln ausreizen. Und sie hat die Verwaltung darauf getrimmt, Vorschläge zu bringen, die in dieses Konzept passen. Das ist neu. Ihr Vorgänger im Tiefbaudepartement, Richard Wolff (AL), galt als chaotisch. Filippo Leutenegger (FDP), vor Wolff im Amt, hatte das Image des Machers, der in engem Kontakt mit den Leuten stand, der bei Strassenbauprojekten mit betroffenen Anwohnern nach pragmatischen Lösungen und Kompromissen suchte. Das entsprach freilich nicht dem, was die linksdominierte Zürcher Politik wollte.

Brander ist vor allem dann kompromisslos, wenn es um ihr Kernthema geht, das Velo. Sie wurde als Velo-Aktivistin gewählt – als eine, die in der Stadt aus Sicherheitsgründen nicht Velo fahre, wie sie einmal in einem Interview sagte. Die Aussage verfolgt sie seither. Sie versuchte kürzlich, dieses Bild medienwirksam zu korrigieren, als sie durch den

neuen 40-Millionen-Velotunnel unter dem Hauptbahnhof radelte.

Bürgerliche Stadtparlamentarier sagten vor Brander's Antritt im Tiefbaudepartement einen rigiden Führungsstil voraus. Viele sehen sich drei Jahre später bestätigt. Der FDP-Gemeinderat Martin Bürki sagt, Brander mache «knallharte Politik auf Parteilinie». Das sei aber auch ziemlich genau das, was sie vor der Wahl angekündigt habe. Bürki würde sich etwas mehr Flexibilität wünschen – zum Beispiel, dass man bei den Velorouten die Quartiervereine einbezieht. «Ein Miteinander ist es nicht.» Bürki streicht aber auch heraus, dass Brander das Menschliche vom Politischen trennen könne. Das gelinge nicht allen Stadträten.

Entsorgungscoupons abschaffen

Die Grünen haben Brander's Vorgänger Richard Wolff oft kritisiert. Heute sagt der grüne Gemeinderat und Klimaaktivist Dominik Waser über Simone Brander: «Sie verfolgt eine sehr klare inhaltliche Linie und hält daran fest, auch wenn öffentlich Kritik laut wird. Ich werte das positiv.» Brander kommuniziert direkter als andere Stadträte, die schon länger im Amt seien. Zu einem Austausch sei sie aber durchaus bereit, auch zu Kompromissen – allerdings zu kleineren Kompromissen als andere. Ist sie stur? Waser sagt: «Das kann man ihr unterstellen. Ich würde eher sagen, dass sie inhaltlich konsequent ist.»

Was immer man von ihrem Stil halten mag: Brander bleibt ihm auch dann treu, wenn sie unpopuläre Entscheide trifft. So hat sie vergangenen Herbst die kostenlosen Entsorgungscoupons für Sperrgut kurzerhand abgeschafft. Sie will, dass die Leute mit ihrem Sperrgut nicht mehr nach Schwamendingen zum Werkhof fahren, sondern diesen dezentral entsorgen, in «mobilen Recyclinghöfen» in den Quartieren. Die zentrale Entsorgung bevorteile Autofahrer statt Velofahrer – das dürfe nicht sein.

Doch die Coupons sind bei den Stadtbewohnern ein beliebtes «Goodie». Von links bis rechts gibt es seither Widerstand gegen die Abschaffung. Auch in Teilen ihrer eigenen Partei, der SP. Brander ist es egal. Sie liefert sich einen handfesten Machtkampf mit dem Stadtparlament. Mittlerweile hat sie sogar rechtliche Schritte gegen das Parlament ergriffen. Der Bezirksrat soll entscheiden.

Brander will ihren Willen durchsetzen. Sie will es genau so haben, wie sie es sich vorstellt. Ist das stur? Ist das beharrlich? Vielleicht ist es zu früh für eine Antwort.

Kinder daheim, Karriere im Büro

Nur 7 Prozent der Zürcher Kantonsangestellten reduzieren nach der Geburt eines Kindes ihr Arbeitspensum

ZENO GEISSELER

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau macht spätestens vor dem Kreissaal halt: Wer biologisch ein Mann ist, kann keine Kinder gebären. Bei einem anderen Punkt, der Verteilung von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung, ist die Angleichung aber in vollem Gang. Dies gilt namentlich für den Elternurlaub. Seit 2021 haben auch die Väter einen gesetzlichen Anspruch auf eine bezahlte nachgeburtliche Absenz. Diese umfasst zwei Wochen und wird über die Erwerbsersatzordnung finanziert. Noch viel weiter gehende Forderungen sind in Arbeit: Derzeit werden auf nationaler Ebene Unterschriften gesammelt für 18 Wochen Elternurlaub für beide Elternteile – im Kanton Zürich ist eine ähnliche Initiative vor drei Jahren allerdings krachend gescheitert. Fast zwei Drittel lehnten das Geschäft an der Urne ab.

Die grosse Frage ist, ob mit dem Vaterschaftsurlaub tatsächlich einem Wunsch der Väter entsprochen wird. Denn als die neue nationale Rege-

lung in Kraft trat, war die Bilanz durchgezogen. Die Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich berichtete ein Jahr nach der Einführung, dass es nicht überall gleich gern gesehen worden sei, wenn Jungväter freigegeben hätten. Ausserdem sei es gerade für kleine Betriebe schwierig gewesen, die zusätzliche Abwesenheit aufzufangen. Dies, obwohl der Vaterschaftsurlaub nicht am Stück genommen werden muss, sondern auch tageweise bezogen werden kann.

Vaterschaftsurlaub kommt an

Kurz vor dem Vatertag liegt zum Vaterschaftsurlaub nun eine neue Auswertung vor. Diese betrachtet nicht die Gesamtwirtschaft, sondern nur die Zürcher Verwaltung. Dennoch sind die Antworten der Kantonsregierung auf eine Anfrage von SP und AL im Zürcher Kantonsparlament aufschlussreich.

Die Zahlen beziehen sich auf einen Zeitraum von vier Jahren, von Anfang 2021 bis Ende 2024. In dieser Zeit wurden 434 kantonale Angestellte Vater –

knapp jeder zehnte von ihnen sogar zwei Mal. Total wurden 479 Geburten registriert, wobei Mehrlingsgeburten als ein einziges Ereignis zählen. Der Grossteil der Väter war um die Mitte dreissig bei der Geburt des Kindes. Die Auswertung zeigt: Die allermeisten Väter haben von den freien Tagen uneingeschränkt Gebrauch gemacht. Nur bei 31 der 479 Geburten wurde der Vaterschaftsurlaub nicht vollständig bezogen. Ein einziger Vater bezog gar keinen Urlaubstag, 8 Väter nahmen jeweils acht Tage frei, der Rest lag dazwischen.

Während der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub nur sehr kurzfristig wirkt, verändert ein anderer Faktor die Betreuungssituation nachhaltig: eine Reduktion des Arbeitspensums. Auch zu diesem Punkt hat die Kantonsregierung eine Auswertung vorgenommen. Von den 434 kantonalen Angestellten, die Vater wurden, arbeiteten knapp 90 Prozent vor der Niederkunft Vollzeit. Die Ankunft eines (weiteren) Kindes nahmen nur die wenigsten frischgebackenen Papas zum Anlass, an ihrer

Stundenzahl etwas zu verändern. Nur gerade 29 Personen schraubten ihr Pensum zurück. 6 erhöhten ihre Stundenzahl sogar. Der grosse Rest arbeitete gleich weiter wie vor der Geburt. Diese Zahlen decken sich mit nationalen Daten. Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (2023) ist der Mann in den meisten Familien zu 100 Prozent berufstätig, während die Frau Teilzeit arbeitet – oder gar nicht erwerbstätig ist.

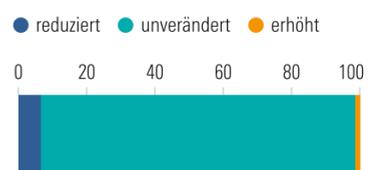
Auf alle Lohnklassen verteilt

Die Kantonsregierung musste auch Auskunft darüber geben, in welchen Lohnklassen die Väter eingeteilt sind, welche ihr Pensum reduziert haben. Eine solche Aufstellung kann Hinweise darauf geben, ob sich nur Personen mit guten Gehältern eine Pensumreduktion erlauben können. Oder ob für Angestellte in Kaderpositionen aus beruflichen Gründen eine Reduktion nicht infrage kommt. Ein eindeutiges Muster zeichnet sich aber nicht ab. Die Väter, die ihre Arbeit reduziert haben, sind

recht gleichmässig auf die Lohnklassen verteilt, in der relativ tiefen Lohnklasse 14 und darunter finden sich sogar die meisten neuen Teilzeiter. Weil insgesamt nur 29 Väter ihr Pensum nach der Geburt eines Kindes heruntergefahren haben, ist die Aussagekraft der Daten allerdings beschränkt.

Kaum ein Vater reduziert sein Arbeitspensum nach der Geburt

Veränderung der Wochenstunden von Zürcher Kantonsangestellten, nachdem sie Vater geworden sind; Angaben in Prozent.



Zeitraum von Anfang 2021 bis Ende 2024, total 434 Personen.

QUELLE: KANTON ZÜRICH

NZZ / zgo.